

Geschätzte Genossinnen und Genossen, liebe Anwesende

«Zeit für eine soziale Wende»: Das ist das Motto zum diesjährigen Tag der Arbeit. Sozial als Adjektiv bezeichnet das Zusammenleben und den Zusammenhalt von Menschen in einer Gesellschaft oder einem Staat. Als gesellschaftlich verstanden, interpretieren wir Linke den Begriff als Voraussetzung für ein gutes Leben für alle. Gemeinsam Herausforderungen angehen und lösen, niemanden zu lassen.

Dass das heutige Wirtschaftssystem dieser Vorstellung arg zuwiderläuft, ist allenthalben bekannt. Das vergangene Jahr hat diesbezüglich viele Zustände und Abhängigkeiten schonungslos offengelegt. Insbesondere die globalisierte Weltwirtschaft, wo entwickelte Gesellschaften im globalen Norden die Kosten und Konflikte aus der Knappheit von Ressourcen und negativen Einflüssen auf die Umwelt in andere Weltregionen auslagern.

Viel zu lange haben unsere Gesellschaften die Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse dieser Weltordnung verdrängt. Mit der Klimakrise, der zunehmenden Wucht von Kämpfen und Konflikten um die Verteilungsgerechtigkeit oder eben den Folgen einer globalen Pandemie, müssen wir uns von längst akzeptierten Erzählungen verabschieden. Die Wahrheit in diesem System ist: Wenn einer oder eine gewinnt, verlieren andere. Nicht nur darum fordern weltweit zahlreiche Bewegungen, allen voran die Klimastreikenden eine Abkehr von diesem System.

Dieses System besteht nicht nur aus blosser wirtschaftlicher Ungleichheit. Nein, es geht vielmehr um die klaffende Ungerechtigkeit, fehlende Chancen sowie die Verteilung von Macht und Freiheit. Diese Dissonanz verankert grundlegende Prinzipien in unserer Welt, unseren Gesellschaften, in jeder und jedem. Das Rechts des Stärkeren, das den Glauben nährt, selbst für den eigenen Wohlstand verantwortlich zu sein und sich jeglichen gesellschaftlichen Verpflichtungen, fernab nationalstaatlicher Grenzen, entziehen zu können. Die Blindheit für das Momentum des reinen Zufalls in einem Land wie der Schweiz geboren worden zu sein und die Arroganz und Skrupellosigkeit anderen Menschen grundlegende Rechte abzuspochen.

Die Unsicherheit und Ohnmacht im Hinblick auf die Bewältigung multipler Krisen lastet schwer. Mit jedem Tag, an dem wir als Kollektiv nicht entschieden gegen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen und die Verschmutzung unseres Planeten ankämpfen, geht wertvolle Zeit verloren. Die Gesellschaft als Ganzes ist leider noch viel zu weit davon entfernt diese Herausforderungen als das einzuordnen was sie sind: Eine reale Bedrohung der menschlichen Existenz. Der mediale und gesellschaftliche Umgang mit dem Klimawandel und den Streikbewegungen zeigen die verbreitete Naivität und die verfehlte Einordnung deren Bedeutung schonungslos auf. Es geht nicht mehr um «nice to have» oder «nice to do», sondern um die Verhinderung irreparabler Schäden und des Zusammenbruchs der ökologischen Systeme.

An Tagen wie heute stelle ich mir darum auch selbstkritisch die Frage, was ich tun kann, damit dieser Einsatz und die Überzeugung zu handeln, dort ankommen wo sie hingehören: Mitten in die Gesellschaft. Ich frage mich, ob wir anders auf diese Herausforderung blicken, sobald sich der Nebel der Pandemie über und zwischen uns lichtet und ob die notwendige Bewegung mit der gleichen Entschlossenheit zum Kampf gegen Rassismus, Klimakrise und für die Gleichberechtigung zurückkehrt wie vor Corona. Mit vager Zuversicht erkenne ich die Chancen und hoffe inständig, dass die Erkenntnisse der letzten Monate andauern und sich breitere Teile unserer Gesellschaft der Bedeutung von kollektiver Solidarität und einem aktiven Staat als deren Rückgrat bewusst sind. Mit Besorgnis stelle ich mir aber auch die Frage wie bloss unsere Gesellschaften reagieren, wenn die Verlierer:innen dieser verfehlten Lebensweise an unsere Türe klopfen. Vertrieben durch Naturkatastrophen, Kriege um Wasser und Nahrung oder schlicht aufgrund fehlender Perspektiven. Anote Tong der Präsident des

pazifischen Inselstaates Kiribati sagte einst in einem Interview: «Für uns an der Front macht es absolut keinen Unterschied was im Pariser Klimaabkommen beschlossen wurde, denn wir werden weiter im Wasser versinken. Kiribati als unsere Heimat verschwindet für immer im Ozean und mit ihm unsere Kultur, unsere Traditionen und Sprachen. Sie fragen mich, was nun der Grund für ein Abkommen sei? Was mit uns passiert ist nur ein Vorbote dessen, was mit dem Rest passiert.». Tatsächlich zeigen Prognosen, dass durch den Anstieg des Meeresspiegels um nur wenige Meter, ausgelöst durch das Schmelzen der Polkappen, mehr als eine Milliarde Menschen faktisch zur Flucht gezwungen sind.

Im Angesicht solcher Dimensionen steht die Forderung nach einer sozialen Wende also auch Lichte unseres Verständnisses für die Tragweite unserer Handlungen, allen voran unserer Klima- und Sozialpolitik. Bereits im Juni haben wir die Gelegenheit mit dem CO₂-Gesetz einen ersten wichtigen Meilenstein im Kampf gegen die Klimakrise zu legen. Doch bereits jetzt müssen wir uns bewusst sein, dass auch dieses Gesetz nicht reicht, dass auch diese Anstrengung allein keine Problem löst und dass wir 30 Jahre nach dem «Ende der Geschichte» und drei Jahrzehnten unipolarer Präsenz des Neoliberalismus an einem Scheideweg stehen, an dem wir uns für oder gegen eine Zukunft entscheiden. Dies just in einem Moment, an dem wir die Möglichkeit haben eine neue Normalität zu schaffen, die Worthülsen wie «Gerechtigkeit und Solidarität» neu mit gesellschaftlicher Notwendigkeit zu füllen. Wir stehen also an einem Punkt, und hier schliesse ich mit einem Zitat, das mich in den letzten Tagen beschäftigt hat, an dem wir uns zwangsläufig fragen müssen «wer Wir ist, wer Wir sagt im Namen von wem, und ob Wir alle ist, je sein kann».